

Unser Leitbild für Mitbestimmung

1. Wir, die ver.di-Betriebsräte, setzen uns ein für die Interessen aller abhängig Beschäftigten. Die Gleichberechtigung aller Beschäftigten ist unser gemeinsames Ziel. Wir wenden uns aktiv gegen jede Form der Diskriminierung, sei es aufgrund von Geschlecht, Alter, Nationalität oder religiöser bzw. sexueller Orientierung.
2. Wir sorgen für respektvollen und solidarischen Umgang untereinander und leben diesen Umgang auch selbst vor. Er ist nicht nur notwendig, um die Interessen der Beschäftigten zu vertreten – für uns ist es schlicht eine Frage der Menschenwürde. Um unsere Ziele zu erreichen, ist kollektives und solidarisches Handeln unverzichtbar.
3. Wir handeln demokratisch. Unsere Aufgaben nehmen wir dabei unabhängig von politischen Parteien und Gruppierungen wahr. Wir lehnen alle antidemokratischen oder gar menschenfeindlichen Bestrebungen entschieden ab, weil diese allen Beschäftigten nur schaden. Wir wenden uns ausdrücklich gegen jegliche Absichten, die Belegschaften – beispielsweise nach Herkunft – zu spalten, so wie dies Rechtsextreme und Nazis derzeit versuchen. Wir stehen stattdessen klar für ein solidarisches Miteinander und für gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen.
4. Wir beziehen bei unseren Entscheidungen und im Verlauf von Verhandlungen mit den Arbeitgebern bzw. Dienstherren die Beschäftigten mit ein. Wir betrachten diese demokratische Beteiligung als notwendigen Bestandteil der Interessenvertretung. Sie ist gelebte Demokratie vor Ort. Hierfür ist die Transparenz unserer Arbeit ein wichtiger Schritt. Anregungen von Beschäftigten greifen wir gerne auf und freuen uns über Kritik an unserer Arbeit; sie hilft uns, Fehler zu vermeiden und eine gute Arbeit zu leisten.
5. Wir ver.di-Betriebsräte setzen uns ein für gute Arbeit und für gute Lebensbedingungen für alle Beschäftigten.
6. Wir fordern den Erhalt und Ausbau von sozial abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen, die auch ein gutes Leben im Alter ermöglichen.
7. Wir treten dafür ein, dass Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen beschränkt und die Bedingungen sozialverträglich gestaltet werden.
8. Wir fordern Entgeltbedingungen, die ein gutes Leben ermöglichen. Wir machen uns für Gehaltssteigerungen stark, die nicht nur die Inflation ausgleichen; sie müssen auch einen Anstieg unseres Lebensstandards ermöglichen
9. Wir fordern gute und gesunde Arbeitsbedingungen. Mit ihnen muss ein nachhaltiger und pfleglicher Umgang mit der physischen und psychischen Gesundheit der Beschäftigten sichergestellt werden. Wir setzen uns deshalb für wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz ein. Ziel muss sein, dass alle Beschäftigten gesund das Rentenalter erreichen. Alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen sind dabei unerlässlich.
10. Wir schützen Menschen mit Behinderung. Eine enge Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung ist für uns deshalb selbstverständlich.
11. Wir sehen Weiterbildung als eine wichtige Voraussetzung, um die zukünftigen Anforderungen zu meistern, gerade auch im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung. So wollen und werden wir die Beschäftigungsfähigkeit aller langfristig sichern. Wir setzen uns deshalb auch für betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen ein. Wir achten genau darauf, dass auch Personengruppen wie z.B. niedriger qualifizierte Beschäftigte daran teilnehmen können.
12. Wir fordern planbare Arbeits- und Freizeitzeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten nicht zu Lasten der Beschäftigten umgesetzt wird und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie ermöglicht.
13. Wir verhindern Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Erwerbsleben. Kolleg*innen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete brauchen besonders unsere Solidarität und unseren Schutz. Wir betrachten deren Integration als wichtiges Ziel unserer Arbeitspolitik.
14. Wir fordern eine gute Ausbildungsqualität. Sie ist Dreh- und Angelpunkt für gute Arbeitsmarktchancen nach der Ausbildung. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung und den Erhalt von guten Ausbildungsplätzen ein. Auch die Förderung von Jugendlichen gehört dazu. Wir fordern die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden. Wir arbeiten dazu in allen Fragen der Ausbildung eng mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung zusammen.



15. Wir fordern, gerade unter den Vorzeichen der Digitalisierung, einen wirksamen Datenschutz sowohl für Beschäftigte als auch für Kund*innen. Wir treten für einen Datenschutz ein, der die Persönlichkeitsrechte sichert und Überwachung und Leistungskontrolle verhindert.
16. Wir setzen uns für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Dies bedeutet nicht nur Entgeltgleichheit, sondern auch gleiche Aufstiegschancen für alle und gute Bedingungen für eine Work-Life-Balance für alle Geschlechter.
17. Wir wissen, wie wichtig eine ökologisch und sozial nachhaltige Unternehmenspolitik für die Zukunft unseres Landes ist. Zusammen mit ver.di treten wir deshalb für eine beschäftigtenorientierte Politik ein.
18. Wir erreichen unsere Ziele zusammen mit ver.di. Wir stehen in einem ständigen Austausch mit den ver.di-Vertrauensleuten bzw. Aktiven und unseren Fachbereichssekretär*innen bei ver.di. Ebenso arbeiten wir mit ver.di-Interessenvertretungen aus anderen Unternehmen zusammen und suchen den solidarischen Austausch, um voneinander zu lernen.
19. Wir qualifizieren uns ständig weiter, um unsere Ämter als Interessenvertretung bestmöglich im Sinne aller Beschäftigten auszuüben. Wir werben für die Bildungsangebote der ver.di-Bildungsträger und von ver.di. Hierzu gehören neben den Seminaren für gesetzliche Interessenvertretungen auch gewerkschaftspolitische Seminare, die gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Hintergrundwissen vermitteln. Wir schätzen die hohe Qualität der Bildungsangebote von ver.di, insbesondere deren Praxisbezug. Deswegen sind gerade die gewerkschaftlichen Seminarangebote von besonderer Bedeutung und sind den kommerziellen Anbietern vorzuziehen.
20. Wir wissen um die Bedeutung von Tarifverträgen für gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Wir treten deshalb mit ver.di für gute Tarifverträge, eine zukunftsorientierte Tarifpolitik, den Erhalt und die Ausweitung der Tarifbindung sowie für Verbesserungen des Beamtenrechts ein.
21. Wir vertreten die Interessen der Beschäftigten durch solidarisches und kollektives Handeln. Die Gewerkschaft ver.di ist dabei eine konsequente Vertreterin der Interessen aller Beschäftigten u.a. im öffentlichen Dienst. Mit einem hohen Organisationsgrad erreichen wir unsere Ziele schneller und besser. Deshalb versuchen wir, möglichst viele Beschäftigte zu überzeugen und für eine Mitgliedschaft in ver.di zu gewinnen

22. Wir bauen auf unsere größte Stärke, die Solidarität. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dies gilt für alle Beschäftigten und nicht nur für die Beschäftigten eines Unternehmens. Deshalb suchen wir bei Interessenkollisionen auf nationaler oder auch internationaler Ebene Lösungen für alle Betroffenen. Auch hier arbeiten wir strategisch eng mit der Gewerkschaft ver.di zusammen.
23. Wir übernehmen die im Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebene Aufgabe einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber mit hohem Verantwortungsbewusstsein. Wir sind dabei auch bereit, Konflikte einzugehen, um die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Wir üben unsere Funktion als Ehrenamt aus und sind dabei weder Teil der Betriebsleitung noch Co-Manager*innen.
24. Wir verteidigen das Recht aller Beschäftigten, sich mit Anliegen, Anregungen und Beschwerden an uns zu wenden. Diese behandeln wir immer mit der notwendigen Sorgfalt und vertraulich. Über persönliche Informationen von einzelnen Beschäftigten bewahren wir Stillschweigen.
25. Wir betrachten Mitbestimmung im Unternehmen und am Arbeitsplatz als Bestandteil unserer Demokratie. Das Betriebsverfassungsgesetz, die anderen Mitbestimmungsgesetze und die Koalitionsfreiheit sind Mittel und Ausdruck für gelebte Demokratie in unserem Land. Als ver.di-Interessenvertretung treten wir zusammen mit unserer Gewerkschaft ver.di für den Erhalt und den Ausbau der betrieblichen bzw. dienstlichen und Unternehmens-Mitbestimmung ein. Allen antidemokratischen Versuchen, die Mitbestimmung in der Arbeitswelt oder die Rechte von gesetzlichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften einzuschränken, treten wir entschieden entgegen



